

Fraktion im Rat der Stadt Nienburg/Weser

FREIE
Demokraten
FDP

E. 27/1/10.M
Dn.

Stadt Nienburg/ Weser
Fachbereich 6
Marktplatz 1
31582 Nienburg

Detlef Becker

Fraktionsvorsitzender

Agnes-von-Bentheim-Weg 7
31582 Nienburg

Fon 05021 8600740

Mobil 0157 74107222

detebecker@five.de

Fraktionsgeschäftsstelle

Kräher Weg 32

31582 Nienburg

Fon 05021 666335

Fax 05021 910988

www.fdp-nienburg.de

25.Mai 2019

Vorschlag für die Straßennamen im Baugebiet „Segelwiesen“

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Bauausschuss am 06.03.2109 wurde unter dem TOP 7 die Benennung der Planstraßen im o.g. Baugebiet beraten. Eine Entscheidung wurde bis zur Nennung von Alternativen zurückgestellt.

Die FDP- Fraktion schlägt folgende Straßennamen vor:

1. Elisabeth Selbert Weg
2. Helene Weber Weg
3. Frieda Nadig Weg
4. Helene Wessel Weg

Die vier genannten Damen waren bekanntlich Mitglieder des Parlamentarischen Rat 1948-1949 und bekannt unter dem Begriff „Die vier Mütter des Grundgesetzes“. In diesem Jahr feiert das Grundgesetz sein 70- jähriges Bestehen und aus diesem Anlass gibt es bereits viele Ausstellung zu den vier Damen.

Die Stadt Nienburg könnte mit einem geschlossenen Baugebiet wie es die Segelwiesen sind, den vier Damen ein Andenken setzen.

Bei der Verwendung aller vier Namen müsste allerdings die jetzige Straße „Segelwiesen“ umbenannt werden, was aus unserer Sicht aber kaum ein Problem ist, da es an der genannten Straße wenig Anwohner gibt.

Als Anlage haben wir die Biografien der Elisabeth Selbert, Helene Weber, Frieda Nadig und Helene Wessel beigefügt.

Wir bitten unseren Vorschlag im nächsten Bauausschuss zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Becker
Fraktionsvorsitzender



Bildnachweis: Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1987/1/32.0147

Elisabeth Selbert 1896 - 1986

1896

22. September: Martha Elisabeth Rohde wird in Kassel geboren. Ihr Vater, Georg Rohde, arbeitet als Gefangenenaufseher in einer Kasseler Jugendstrafanstalt. Ihre Mutter, Eva Elisabeth Rohde, geb. Sauer, sorgt für den Haushalt und die vier Töchter. Die Familie ist kleinbürgerlich und streng protestantisch geprägt.

1903-1907

Besuch der Volksschule.

1907-1912

Wechsel zur Realschule. Aufgrund ihrer guten Leistungen wird Selbert von der Schulgeldzahlung befreit.

1912-1913

Wie alle Mädchen muss Selbert die Realschule ohne Zeugnis und Mittlere Reife verlassen. Da die höhere Mädchenschule für die Familie nicht bezahlbar ist, besucht sie für ein Jahr die Kasseler Gewerbe- und Handelsschule des Frauenbildungsvereins.

1913-1914

Auslandskorrespondentin bei der Kasseler Import- und Exportfirma Salmann&Co. Unmittelbar nach Beginn des Ersten Weltkrieges verliert Selbert ihre Arbeit.

1916-1921

Durch den kriegsbedingten Mangel an Arbeitskräften werden immer mehr Frauen in zuvor männlich dominierten Berufen beschäftigt. Selbert findet eine Anstellung als Postgehilfin im Telegrafendienst.

1918

Während der Novemberrevolution lernt Selbert den sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Adam Selbert kennen. Nach mehreren Besuchen politischer Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) tritt Selbert in die Partei ein.

1918-1933

Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes in Kassel.

1919-1925

Mitglied im Gemeindeparlament Niederzwehren. Um als Frau nicht automatisch auf den klassischen weiblichen Bereich der Fürsorge festgelegt zu werden, lässt sie sich in den Finanz- und Steuerausschuss wählen.

1920

2. Oktober: Heirat mit Adam Selbert.

9.-16. Oktober: Delegierte der SPD-Frauenkonferenz und des SPD-Parteitages in Kassel. Selbert tritt für eine konsequente Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein, die ihrer Meinung nach "immer noch eine papierne" ist.

1921

25. September: Geburt des Sohnes Gerhart.

1922

11. November: Geburt des Sohnes Herbert.

1924

Delegierte der SPD-Frauenkonferenz in Berlin. Selbert äußert sich besorgt über die Wahlerfolge der antidemokratischen Deutschnationalen Volkspartei(DNVP), in der sie eine Gefahr für das Frauenwahlrecht sieht.

1925-1926

Selbert bereitet sich auf das Abitur vor und legt als Externe die Reifeprüfung in der Luisenschule in Kassel ab.

1926-1930

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Marburg und Göttingen, wo sie eine von fünf Frauen unter 300 Studenten ist.

Nach dem Ersten Juristischen Staatsexamen promoviert sie über das Thema "Ehezerrüttung als Scheidungsgrund" zum Dr.jur.

Die Abkehr vom Verschuldungs- und die Anerkennung des Zerrüttungsprinzips, die Selbert fordert, wird in der Bundesrepublik erst 1977 festgeschrieben.

1933

5. März: Adolf Hitler wird zum Reichskanzler ernannt. Bei den Reichstagswahlen kandidiert Selbert für die SPD, doch der Einzug in das Parlament gelingt ihr nicht.

1934

Oktober: Zweites Juristisches Staatsexamen.

Dezember: Kurz bevor das nationalsozialistische Regime Frauen den Zugang zum Anwaltsberuf verwehrt, wird Selbert zur Rechtsanwaltschaft zugelassen. In Kassel übernimmt sie die Kanzlei zweier jüdischer Rechtsanwälte. In

der Folgezeit bearbeitet sie Wirtschaftsstrafsachen, Meineidverfahren und Jugendgerichtsdelikte.

Selbert arbeitet mit einer Gruppe von Anwälten zusammen, die die Möglichkeiten des Justizsystems nutzen, um Menschen vor Verfolgung, Zwangsarbeit, Dienstverpflichtung und Konzentrationslager zu schützen.

1943

22. Oktober: Bei einem alliierten Luftangriff auf Kassel wird die Kanzlei zerstört.

1945

Nach Kriegsende arbeitet Selbert im Ausschuss zur Neuordnung der Justizverwaltung in Kassel mit.

1945-1953

Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Nord.

1946

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung in Hessen.

1946-1952

Stadtverordnete in Kassel.

1946-1955

Mitglied des zentralen Parteivorstandes der SPD.

1946-1958

Mitglied im Hessischen Landtag.

1948-1949

Vertreterin Niedersachsens im Parlamentarischen Rat.

Selbert ist eine von vier Frauen unter insgesamt 65 Abgeordneten.

Ihr Antrag, die Formulierung "Frauen und Männer sind gleichberechtigt" ins Grundgesetz aufzunehmen, wird vom Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates abgelehnt.

Daraufhin wendet sich Selbert an Presse und Öffentlichkeit. Die Folge ist ein Beschwerdeansturm von Frauen beim Parlamentarischen Rat, der schließlich dem öffentlichen Druck nachgibt und am 18. Januar 1949 den Gleichheitsgrundsatz als unveräußerliches Grundrecht in die Verfassung aufnimmt.

1949

14. August: Bei den Wahlen zum Ersten Deutschen Bundestag scheitert Selbert knapp. Sie konzentriert sich von nun an auf ihre Arbeit im Hessischen Landtag. Dort setzt sie sich für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Humanisierung des Strafvollzugs ein.

1956

Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes.

1958

Selbert zieht sich aus der Politik zurück.

1968

17. Mai: Tod Adam Selberts.

1969

Auszeichnung mit dem Wappenring der Stadt Kassel.

1978

Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille durch den hessischen Ministerpräsidenten.

1983

Einrichtung des Elisabeth-Selbert-Preises für journalistische Arbeiten, die das Verständnis für die Situation der Frau und die Notwendigkeit ihrer Gleichstellung in der Gesellschaft fördern.

1984

Ernennung zur Kasseler Ehrenbürgerin.

1986

9. Juni: Elisabeth Selbert stirbt in Kassel.

(reh/str) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Stand: 22.02.2016

Text: [CC BY NC SA 4.0](#)

Empfohlene Zitierweise:

Trösch, Sven/Haunhorst, Regina: Biografie Elisabeth Selbert, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,

URL: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/elisabeth-selbert.html>

Zuletzt besucht am 26.05.2019

Lemo Lebendiges Museum Online



Bildnachweis: Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1997/06/00390

Helene Weber 1881 – 1962

1881

17. März: Helene Weber wird in Elberfeld als Tochter des Volksschullehrers Wilhelm Weber und seiner Frau Agnes Christiane Weber (Geburtsname: van Gent), als zweites von sechs Kindern geboren.

Besuch der Volksschule und der Städtischen Höheren Töchterschule in Elberfeld.

1897-1900

Besuch des Lehrerinnenbildungsseminars in Aachen.

1900-1905

Volksschullehrerin in Haaren bei Aachen und in Elberfeld.

1905-1909

Weber studiert Geschichte, Philosophie, Romanistik und Sozialpolitik in Bonn und Grenoble. Sie erhält die Lehrbefähigung für mittlere und höhere Schulen.

1909-1911

Studienrätin am Städtischen Lyzeum und Oberlyzeum in Bochum.

1911-1916

Studienrätin an der Kaiserin-Augusta-Schule in Köln.

1916

Weber wird Leiterin der am 8. November eröffneten Sozialen Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln.

11. November: Gründung des Vereins der katholischen Sozialbeamtinnen (1936 umbenannt in Hedwig-Bund) unter dem Vorsitz Webers. Später übernimmt sie auch die Redaktionsleitung der Vereinszeitschrift "Mitteilungen".

1919

19. Januar: Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung erringt Weber als Kandidatin der Deutschen Zentrumspartei im Wahlkreis Düsseldorf ein Mandat.

Im selben Jahr wird sie zusätzlich als Referentin ins Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt berufen.

1920-1933

Nach Auflösung der Nationalversammlung übernimmt sie als Ministerialrätin im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt die Leitung des Dezernats "Soziale Ausbildung und Jugendfragen".

1922-1924

Mitglied des Preußischen Landtags.

1924-1933

Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei. Als Politikerin und Ministerialbeamtin ist Weber mit sozialpolitischen Fragen befasst. Ihr spezielles Interesse gilt der Frauenbildung, der Jugendwohlfahrt und dem Familienrecht.

Innerhalb und außerhalb der Partei tritt sie entschieden gegen die Lockerung des Abtreibungsparagrafen 218 ein, über den in den zwanziger Jahren eine heftige Kontroverse geführt wird.

1925-1933

Vorsitzende des Reichsfrauenbeirats.

1925

Vorstandsmitglied der neu gegründeten Union Catholique de Service Social sowie der Weltunion der katholischen Frauenorganisationen.

1930

Die Universität Münster verleiht Weber die Ehrendoktorwürde der Staatswissenschaften.

1933

23. März: In den Beratungen der Zentrumsfraktion über das Ermächtigungsgesetz spricht sich Weber gegen eine Zustimmung aus. Bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag votiert sie jedoch aus Gründen der Fraktionsdisziplin für die Verabschiedung des Gesetzes.

30. Juni: Weber wird wegen "politischer Unzuverlässigkeit" fristlos aus dem Staatsdienst entlassen. Alle politischen Aktivitäten werden ihr untersagt.

1933-1943

Tätigkeit im Fürsorge- und Caritasdienst in Berlin.

1943

Nachdem ihre Berliner Wohnung bei einem alliierten Bombenangriff zerstört worden ist, zieht Weber zu ihrer Schwester nach Marburg.

Sie unternimmt häufig Reisen, um Mitglieder des Hedwig-Bundes zu betreuen, aber auch um sich dem willkürlichen Zugriff der Gestapo zu entziehen.

1945

Übersiedlung nach Essen.

1946

Nachdem sich Weber gleich nach Kriegsende der neu gegründeten Christlich Demokratischen Union (CDU) angeschlossen hat, wird sie Abgeordnete des ersten nordrhein-westfälischen Landtags.

1946-1948

Weber ist Mitglied des Zonenbeirats, der die Militärregierung der britischen Besatzungszone auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens berät.

1948-1949

Mitglied des Parlamentarischen Rates.

In den Beratungen über das Grundgesetz spricht sich Weber gegen eine "schematische" Gleichberechtigung von Männern und Frauen aus, um den "Eigenwert" der Frau zu bewahren.

Gleichzeitig tritt sie jedoch für die Verankerung des Rechtes auf Lohngleichheit ein.

1949

14. August: Weber wird als Kandidatin der CDU im Wahlkreis Aachen-Stadt in den Ersten Deutschen Bundestag gewählt.

1949-1958

Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU.

1950

Mitglied der deutschen Delegation des Europarats.

1952-1959

Nach dem Tod von Elly Heuss-Knapp, der Gattin des Bundespräsidenten Theodor Heuss, übernimmt Weber den Vorsitz des Kuratoriums des Deutschen Müttergenesungswerks.

1956

Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern.

1961

17. März: Anlässlich ihres 80. Geburtstags verleiht Bundespräsident Heinrich Lübke Weber das Schulterband zum Großen Bundesverdienstkreuz.

1962

25. Juli: Nach längerer Krankheit verstirbt Helene Weber im Alter von 81 Jahren in Bonn.

(str/reh) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Stand: 22.01.2016

Text: [CC BY NC SA 4.0](#)

Empfohlene Zitierweise:

Haunhorst, Regina/Trösch, Sven: Biografie Helene Weber, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,

URL: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/helene-weber.html>

Zuletzt besucht am 26.05.2019



Bildnachweis: Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1987/1/32.0126

Helene Wessel 1898 - 1969

1898

6. Juli: Helene Wessel wird als viertes Kind eines Lokomotivführers in Dortmund geboren. Der Vater, Mitglied der Deutschen Zentrumspartei stirbt bereits 1905.

Nach der Volksschule und dem Abschluss einer kaufmännischen Lehre besucht Wessel eine Handelsschule in Dortmund.

1915-1928

Wessel arbeitet als Parteisekretärin der Zentrumspartei in Dortmund. Sie beschäftigt sich überwiegend mit der Vorbereitung und Organisation von Wahlkämpfen, Schulungen und der Kassenführung.

1919

Eintritt in die Zentrumspartei.

1923/24

Besuch der Wohlfahrtsschule in Münster. Wessel schließt die Ausbildung mit dem staatlichen Examen als Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin ab. Anschließend arbeitet sie als Fürsorgerin und Jugendpflegerin in Dortmund.

1924

Wessel wird als Beisitzerin in den Parteivorstand der Zentrumspartei gewählt.

1928

Wessel wird Mitglied des Preußischen Landtags, wo sie die jüngste Abgeordnete von den insgesamt neun Frauen der Fraktion ist. Sie beschäftigt sich vor allem mit der Sozialpolitik, so dass sie zur Fachfrau der Zentrumsfraktion in Sachen Fürsorge wird.

1929

Wessel schreibt sich in der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin ein.

Sie schließt ihre Ausbildung mit einer Diplomarbeit zum Thema "Lebenshaltung aus Fürsorge und Erwerbstätigkeit: Eine Untersuchung des Kostenaufwandes für Sozialversicherung, Fürsorge und Versorgung im Vergleich zum Familieneinkommen aus Erwerbstätigkeit" ab.

Die Schrift wird 1931 in Berlin veröffentlicht.

1930

Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Zentrumspartei.

1933

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und der folgenden Auflösung des Preußischen Landtags zieht sich Wessel aus dem politischen Leben zurück.

Von den Nationalsozialisten wird sie als "politisch unzuverlässig" eingestuft.

Wessel arbeitet in der Folgezeit vor allem in katholischen Fürsorgevereinen und äußert später: "Ich habe mich sehr unsichtbar gemacht, um der Gestapo keine Angriffsfläche zu bieten".

1934

Wessel wird Büroangestellte im St. Johannes Hospital in Dortmund. Veröffentlichung der Schrift "Bewahrung - nicht Verwahrlosung". Darin greift sie den Bewahrungsgedanken und die Diskussion um ein Bewahrungsgesetz auf. Sie liefert konkrete Vorschläge, zum Beispiel zur Einrichtung einer Abteilung für Bewahrungssachen an den Vormundschaftsgerichten.

1939-1945

Wessel arbeitet als leitende Fürsorgerin in der Zentrale des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Dortmund.

1945

Wessel beteiligt sich an der Neugründung der Zentrumspartei.

1946

Oktober: Zulassung der Deutschen Zentrumspartei in der britischen Besatzungszone.

Wessel begründet ihr politisches Engagement: "Man darf sich dieser Verantwortung nicht entziehen, vor allem, wenn man glaubt, damit auch als katholischer Mensch für die Aufgabe der Katholiken im politischen Leben wirken zu können".

Innerhalb der Parteiarbeit beschäftigt sie sich vor allem mit der Bildungs- und Kulturpolitik.

6. September: Die erste Ausgabe der Zeitung "Neuer Westfälischer Kurier", die von Wessel herausgegeben wird, erscheint. Die Zeitung ist für sie ein Organ mit dem sie öffentlichkeitswirksam für das Zentrum und gegen die von ihr als übermächtig empfundene Christlich Demokratische Union (CDU) auftreten kann. Die CDU ist für sie eine Partei in der sich "heimatlos gewordene Deutschnationale und Volksparteiler" zusammengefunden haben, weshalb sie die Zusammenarbeit ablehnt.

Bis 1949 bleibt sie Geschäftsführerin der Zeitung.

Wessel arbeitet weiter als Fürsorgerin, da sie nicht zur "Berufspolitikerin" werden will. Sie möchte sich so ihre unabhängige Stellung bewahren.

Veröffentlichung der Schriften "Der Weg der deutschen Demokratie" und "Von der Weimarer Republik zum demokratischen Volksstaat".

1946-1950

Abgeordnete der Zentrumspartei im ersten berufenen, im umgebildeten (1946) und im gewählten Landtag (1947) des Landes Nordrhein-Westfalen.

1947/48

Mitglied des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone.

1948

Das Land Nordrhein-Westfalen nominiert Wessel für den Parlamentarischen Rat, in den sie als eine von vier Frauen gewählt wird. Sie ist damit an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt und setzt sich vor allem für die Festschreibung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein.

1949

Nach den Wahlen zum ersten deutschen Bundestag wird Wessel Mitglied des Bundestages.

15. Oktober: Auf dem 6. Parteitag der Deutschen Zentrumspartei wird Wessel zur Ersten Vorsitzenden der Partei gewählt. Damit ist sie die erste Frau in der deutschen Parteiengeschichte, die an der Spitze einer Partei steht.

Sie übernimmt schließlich auch den Fraktionsvorsitz ihrer Partei im Bundestag.

1951

Oktober: Wessel erklärt auf die Frage nach einer deutschen Wiederbewaffnung, dass die Bundesregierung keine Tatsachen schaffen dürfe, die einer deutschen Wiedervereinigung im Weg stünden.

November: Sie ruft zusammen mit Gustav Heinemann eine "Notgemeinschaft zur Rettung des Friedens in Europa" ins Leben. Die Gemeinschaft setzt sich zum Ziel, die deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern.

Nach heftigen Auseinandersetzungen um ihre Kritik an einer deutschen Wiederbewaffnung, die nicht der Linie der Zentrumspartei entspricht, legt Wessel ihren Parteivorsitz nieder. Zunächst bleibt sie aber noch Mitglied des Präsidiums der Partei.

1952

12. November: Aufgrund ihrer politischen Überzeugung tritt Wessel aus der Zentrumspartei aus.

29./30. November: Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) durch Gustav Heinemann und Helene Wessel. Die GVP tritt für ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland ein.

Der Austritt aus der Zentrumspartei und die Neugründung einer eigenen Partei haben den Verlust des Bundestagsmandats zur Folge.

1953

Bei den Bundestagswahlen erzielt die GVP nur 1,2 Prozent der Stimmen und erreicht auch in den folgenden Jahren keine größere Breitenwirkung.

ab 1954

Gewerkschaftssekretärin für Sonderaufgaben in der Abteilung Wirtschaftspolitik im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

1957

18./19. Mai: Die GVP löst sich wieder auf. Wessel tritt zusammen mit anderen Vorstandsmitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bei und empfiehlt ihren Parteimitgliedern bei der Bundestagswahl, ihre Stimmen der SPD zu geben.

1957-1969

Wessel wird Mitglied des Bundestages. Dort übernimmt sie unter anderem die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses.

Außerdem ist sie Mitglied des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen und des Ausschusses für Kommunalpolitik und Sozialhilfe.

Weiter beteiligt sie sich an der Ausarbeitung des Bundessozialhilfegesetzes.

Zu den sechsten deutschen Bundestagswahlen 1969 kandidiert sie nicht mehr.

1964

Auf Einladung der Zeitschrift "Die Sowjetfrau" besucht sie mit einer Gruppe von sechs Frauen die Sowjetunion. Dort diskutiert sie mit einer Reihe von Funktionärinnen und Journalistinnen über die Stellung der Frau in der Sowjetunion und in der Bundesrepublik.

1968

Bei den Diskussionen über die Notstandsgesetze ergreift Wessel zum letzten Mal das Wort im Deutschen Bundestag. Sie stimmt gegen die Gesetze mit der Begründung, sie habe die Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes Hitlers erlebt.

1969

13. Oktober: Helene Wessel stirbt nach schwerer Krankheit in einem Krankenhaus in Bonn.

(iz) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Stand: 11.03.2016

Text: [CC BY NC SA 4.0](#)

Empfohlene Zitierweise:

Zündorf, Irmgard: Biografie Helene Wessel, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,

URL: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/helene-wessel.html>

Zuletzt besucht am 26.05.2019



Bildnachweis: Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1987/1/32.0116

Frieda Nadig 1897 - 1970

1897

11. Dezember: Friederike Charlotte Louise Nadig wird in Herford als Tochter der Näherin Luise Henriette Friederike Nadig (Geburtsname: Drewes), und des Tischlers Wilhelm Nadig geboren.

Ihr Vater ist von 1919 bis 1931 für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Mitglied des preußischen Landtags.

1912-1914

Nach dem Besuch der Bürgerschule absolviert Nadig eine Lehre als Verkäuferin im Konsum-Verein Herford.

1914-1920

Tätigkeit als Verkäuferin.

1914

Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend.

1916

Eintritt in die SPD.

1920-22

Nadig besucht die Soziale Frauenschule in Berlin, die von der richtungsweisenden Sozialreformerin Alice Salomon geleitet wird.

Sie lässt sich zur Wohlfahrtspflegerin weiterbilden.

1922

Nadig tritt eine Stelle als Jugendfürsorgerin im Bielefelder Wohlfahrtsamt an.

Ehrenamtlich ist sie für die 1919 gegründete Arbeiterwohlfahrt (AWO) aktiv.

In den folgenden Jahren macht sie sich auf den "Sozialistischen Frauentagen" der ostwestfälischen SPD einen Namen als Expertin für Fragen der Jugend- und Frauenfürsorge.

1929

Nadig wird als SPD-Abgeordnete in den Westfälischen Provinziallandtag gewählt, dem sie bis zu seiner Auflösung im Jahre 1933 angehört. Sie ist dort vor allem in den Fürsorge- und Wohlfahrtsausschüssen tätig.

1933

Wegen "Unzuverlässigkeit im nationalen Sinne" wird Nadig aus ihrer Tätigkeit beim Bielefelder Wohlfahrtsamt fristlos entlassen und mit einem Berufsverbot belegt. Auch jede politische Betätigung wird ihr untersagt.

1936

Nach dreijähriger Erwerbslosigkeit und einer Umschulung zur "Volkspflegerin" gelingt es Nadig, eine bezahlte Beschäftigung als Gesundheitspflegerin in Ahrweiler zu finden.

1946

Die Stadt Bielefeld hebt Nadigs 1933 erfolgte Entlassung auf und verfügt ihre Wiedereinstellung. Nadig tritt jedoch eine Stelle als hauptamtliche Bezirkssekretärin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Westfalen-Ost an.

In den folgenden zwanzig Jahren werden auf ihre Initiative hin moderne Altenheime und Kindereinrichtungen geschaffen sowie Ferienmaßnahmen für Jugendliche organisiert.

1947

Mitglied des Zonenbeirats für die britische Besatzungszone.

1947-1950

Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und Beisitzerin des Bezirksvorstandes der SPD in Ostwestfalen-Lippe.

1948/49

Mitglied des Parlamentarischen Rates.

Dem 65-köpfigen Gremium gehören neben Nadig noch drei weitere Frauen an.

Gemeinsam mit der Abgeordneten Elisabeth Selbert (SPD) setzt sie sich erfolgreich für die Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz ein.

Ihre Forderung nach Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern kann Nadig nicht durchsetzen. Ebenso scheitert sie mit dem Versuch, eheliche und uneheliche Kinder rechtlich gleichzustellen.

1949-1961

Als Abgeordnete für den Wahlkreis Bielefeld-Stadt gehört Nadig drei Legislaturperioden lang dem Deutschen Bundestag an. Dort konzentriert sich ihre Arbeit vor allem auf die Gleichberechtigung der Frau im Ehe- und

Familienrecht.

1961

Bundespräsident Heinrich Lübke (CDU) verleiht Nadig das Große Bundesverdienstkreuz für ihre Verdienste "zur Festigung des demokratischen Gedankens vor allem bei der weiblichen Bevölkerung".

1966

Nadig scheidet aus Ihrem Amt als Geschäftsführerin des AWO-Bezirksamtes Östliches Westfalen aus.

1970

17. Januar: Für ihr außerordentliches Engagement bei der Arbeiterwohlfahrt wird Nadig vom AWO-Bundesvorstand mit der Marie-Juchacz-Plakette ausgezeichnet.

14. August: Frieda Nadig stirbt im Alter von 73 Jahren in Bad Oeynhausen.

Ihr Vermögen geht in die "Frieda-Nadig-Stiftung" ein, die Altenheimbewohnern ihres Bezirksverbandes die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen finanzieren soll.

(reh/str) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Stand: 19.01.2016

Text: [CC BY NC SA 4.0](#)

Empfohlene Zitierweise:

Haunhorst, Regina/Trösch, Sven: Biografie Frieda Nadig, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,

URL: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/frieda-nadig.html>

Zuletzt besucht am 26.05.2019